

PRESSEMITTEILUNG

vom 08.12.2019, 22:00 Uhr

Bäume statt Plastik

Plakate prägen das Straßenbild zu Wahlkampfzeiten. Dabei greifen alle politischen Bewerber mittlerweile fast ausschließlich auf sogenannte Hohlkammerplakate zurück. Die in den Formaten DIN A 1 und DIN A 0 eingesetzten Hohlkammerplakate, welche aus Polypropylen (PP) bestehen, stellen aus unserer Sicht in Herstellung und Verwertung eine Belastung für Natur und Umwelt dar.

Gleichzeitig kommt es immer wieder vor, dass Plakate unsachgemäß angebracht werden oder witterungsbedingt abrutschen und dann eine Behinderung für Fußgänger darstellen oder aber wegen Sichtbehinderungen sogar zu einem Sicherheitsrisiko im Straßenverkehr werden.

Im Hinblick auf die Kommunalwahl im September 2020 ist die CDU Morsbach in Abstimmung mit der CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Morsbach bereits im Juli dieses Jahres auf die anderen Parteien und Gruppierungen in Morsbach zugegangen, um für einen Verzicht auf DIN A 1 und DIN A 0 Hohlkammerplakate zu werben. Dies ist in verschiedenen anderen Kommunen bereits jetzt gelebte Praxis.

Wahlkampf gehört aber zu einer Wahl dazu und ist das verfassungsmäßig verbrieftes Recht der Parteien und politischen Bewerber. Wie es auch das selbstverständliche Recht der Wählerinnen und Wähler ist, sich über das Angebot der politischen Parteien und Gruppierungen informieren zu können. Daher kann eine Plakatierung in Gänze nicht verboten werden.

„Um beiden Anliegen gerecht zu werden, soll daher eine dementsprechende Sondernutzungssatzung erlassen werden. Dazu haben wir am 07. Dezember einen Antrag an den Gemeinderat gerichtet.“, erklärt Thomas Jüngst für den CDU-Gemeindeverband. Es sollen ausschließlich vier bis sechs von der Gemeindeverwaltung bereitgestellte Flächen zur Plakatierung verwendet werden dürfen, die im Gemeindegebiet verteilt aufgestellt werden sollen. Neben diesen Plakatwänden soll die Nutzung von Großflächenplakaten (sog. Wesselmänner), welche auf Papier/Zellstoff basieren, deren Träger wiederverwendbar sind, und damit sowohl im Hinblick auf Umweltschutz und Verkehrssicherheit unbedenklich sind, das Recht der Wählerinnen und Wähler auf Information und das Recht der Parteien auf Wahlkampf bewahren.

„Wir werden das für die Plakatierung eingesparte Budget stiften und haben uns deshalb entschieden, 100 Laubbäume in Morsbach anzupflanzen. In dieser Kombination – aus Verzicht auf Kunststoffplakate und Anpflanzung neuer und widerstandsfähiger Bäume – schonen wir die Umwelt und tragen gleichzeitig noch zu einer Aufwertung bei.“, so Jüngst abschließend.